

**Kassel documenta Stadt
Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Schule, Jugend und
Bildung**

Geschäftsstelle:
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Jutta Butterweck
jutta.butterweck@kassel.de
Telefon 0561 787 1224
Fax 0561 787 2182

Rathaus
Obere Königstraße 8
34117 Kassel
W 222a

Behördennummer 115
Rechtshinweise
zur elektronischen
Kommunikation
im Impressum unter
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

12. November 2014
1 von 2

zur **26.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung lade ich ein
für

**Mittwoch, 19. November 2014, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Vorstellung des aktuellen Hygieneplans für Kasseler Schulen**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Juli 2014
Bericht des Magistrats
- 101.17.1299 -
- 2. Berufsorientierung inklusiv beschulter Kinder**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh
- 101.17.1423 -
- 3. Zusammensetzung und Arbeit der Facharbeitsgruppe "Modellregion inklusive Bildung"**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh
- 101.17.1424 -
- 4. Junge Kulturbühne beim Stadtfest**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh
- 101.17.1425 -

5. **Situation der Sanitäranlagen in der Paul-Julius-von-Reuter Schule**
Anfrage der SPD-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Helene Freund
- 101.17.1432 -
6. **Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit an zwei Berufsschulen**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden
- 101.17.1459 -
7. **Anzahl Zuwanderer und deren schulpflichtige Kinder aus Rumänien und Bulgarien**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden
- 101.17.1460 -
8. **Fertigstellung der Grundsanierung des Schulgebäudes der Martin-Luther-King-Schule**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh
- 101.17.1461 -

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Für die Richtigkeit:

Jutta Butterweck
Schriftführerin

Niederschrift
über die 26. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
am **Mittwoch, 19. November 2014, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

24. November 2014
1 von 7

Anwesende:

Mitglieder

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, Vorsitzende, B90/Grüne
Dr. Michael von Rüden, 1. stellvertretender Vorsitzender, CDU
Anke Bergmann, 2. stellvertretende Vorsitzende, SPD
Dr. Rabani Alekuzei, Mitglied, SPD bis 18:46 Uhr (TOP 5)
Uwe Frankenberger MdL, Mitglied, SPD bis 18:34 Uhr (TOP 5)
Helene Freund, Mitglied, SPD
Dr. Rainer Hanemann, Mitglied, SPD bis 18:46 Uhr (TOP 5)
Birgit Hengesbach-Knoop, Mitglied, B90/Grüne
Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne
Kerstin Linne, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Helga Weber)
Marcus Leitschuh, Mitglied, CDU
Jutta Schwalm, Mitglied, CDU
Simon Aulepp, Mitglied, Kasseler Linke

Teilnehmer mit beratender Stimme

Oktay Belen, Vertreter des Ausländerbeirates
Christel Gusek, Vertreterin des Seniorenbeirates

Magistrat

Anne Janz, Stadträtin, B90/Grüne

Schriftführung

Jutta Butterweck, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Demokratie erneuern/Freie Wähler
Donald Strube, Mitglied, parteilos
Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Judith Osterbrink, Jugendamt
Gabriele Steinbach, Schulverwaltungsamt

Tagesordnung:

1. **Vorstellung des aktuellen Hygieneplans für Kasseler Schulen** 101.17.1299
2. **Berufsorientierung inklusiv beschulter Kinder** 101.17.1423

- | | | | |
|----|--|-------------|---------|
| 3. | Zusammensetzung und Arbeit der Facharbeitsgruppe
"Modellregion inklusive Bildung" | 101.17.1424 | 2 von 7 |
| 4. | Junge Kulturbühne beim Stadtfest | 101.17.1425 | |
| 5. | Situation der Sanitäreinrichtungen in der Paul-Julius-von-Reuter Schule | 101.17.1432 | |
| 6. | Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit an zwei
Berufsschulen | 101.17.1459 | |
| 7. | Anzahl Zuwanderer und deren schulpflichtige Kinder aus Rumänien
und Bulgarien | 101.17.1460 | |
| 8. | Fertigstellung der Grundsanieerung des Schulgebäudes der Martin-
Luther-King-Schule | 101.17.1461 | |

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann eröffnet die mit der Einladung vom 12. November 2014 ordnungsgemäß einberufene 26. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird einvernehmlich festgelegt, dass in der Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung am 18. Februar 2015 nur der Tagesordnungspunkt Anhörung zum Thema Inklusion, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 15. September 2014, -101.17.1301- behandelt werden soll.

1. **Vorstellung des aktuellen Hygieneplans für Kasseler Schulen**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Juli 2014
Bericht des Magistrats
- 101.17.1299 -

Beschluss

Der Magistrat wird aufgefordert, im Benehmen mit dem Kasseler Gesundheitsamt einen aktuellen Musterhygieneplan für Schulen der Stadt Kassel im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung vorzustellen.

Stadträtin Janz erläutert das Verfahren und verweist auf die verteilte Tischvorlage, die auch als Anlage zu Protokoll genommen wird.

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann erklärt den Bericht nach Berichterstattung durch Stadträtin Janz für erledigt.

2. **Berufsorientierung inklusiv beschulter Kinder**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.1423 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Inklusion geht über die 9-13 Schuljahre hinaus. Ihr Ziel ist, ein selbstbestimmtes berufliches, wie privates Leben zu führen. Deshalb spielt die Berufsorientierung an Regel- wie auch Förderschulen eine große Rolle. Gleichzeitig spielt es eine große Rolle, welche Abschlüsse ein Kind heute hat. Wie sieht der schulische Weg eines inklusiv beschulten Kindes aus, das die Hauptschule nach der Klasse 9 verlässt. Welche Möglichkeiten gibt es für das Ableisten des 10. Schulbesuchsjahres?
2. Gibt es seitens der „Agentur für Arbeit“ Förderprogramme für den beruflichen Einstieg inklusiv beschulter Kinder und an welche Voraussetzungen in Bezug auf Abschlüsse und Schulbesuchsjahre sind diese Hilfen gebunden?
3. Mit welchem Abschluss verlässt ein inklusiv beschultes Kind die Hauptschule, die Realschule bzw. das Gymnasium (bzw. analog nach dem Besuch der Schulzweige auf einer Gesamtschule)?
4. Berufsorientierung gehört bei Förderschulen zum festen Bestandteil der Unterrichtsarbeit. Hier werden spezielle Kompetenzfeststellungsverfahren und Praktika angeboten. Werden diese Angebote auch an Regelschulen in der gleichen Quantität und Qualität angeboten?
5. Wie wird künftig der "bestmögliche Abschluss" für Lernhilfeschüler in allgemeinen Schulen gesichert?

Stadträtin Janz beantwortet die Anfrage und die weiteren Nachfragen. Die schriftliche Antwort wurde den Mitgliedern bereits mit der Sitzungseinladung am 1. Oktober 2014 übersandt.

Die Anfrage wird nach Beantwortung durch Stadträtin Janz durch Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann als erledigt erklärt.

3. **Zusammensetzung und Arbeit der Facharbeitsgruppe "Modellregion inklusive Bildung"**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.1424 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatlichen Schulamt für den Landkreis und die Stadt Kassel (GPRL) kritisierte in einer Presseerklärung die konstituierende Sitzung der Facharbeitsgruppe „Modellregion inklusive Bildung“.

2. Wer wurde zu der Sitzung von wem eingeladen und haben auch alle eingeladenen Interessengruppen teilgenommen? 4 von 7
3. Welche Arbeitsgruppen wurden gegründet und wer ist Teilnehmer?
4. Der GPRL kritisiert in seiner Presseinformation, dass „vorab zwei von elf Unterarbeitsgruppen, in denen wichtige Entscheidungen für die Umsetzung der Inklusion in der Modellregion Kassel getroffen werden, gebildet“ wurden. „Weder Vertreterinnen und Vertreter der betroffenen Kollegien, noch Eltern und Schüler, sowie Fachverbände sind dort vertreten. Ein solches Vorgehen widerspricht nach Ansicht des GPRL allen Behauptungen, die Modellregion werde mit größter Transparenz und demokratischer Mitbestimmung entwickelt.“ Wie steht der Magistrat zu dieser Kritik?
5. Besonders beanstandet der GPRL die Zielsetzung, Förderschullehrkräfte nicht an den Regelschulen, an denen sie arbeiten, zu beschäftigen, sondern sie an einem räumlich getrennten „Kompetenzzentrum“ anzubinden und stundenweise an verschiedene Regelschulen zu entsenden. Wie bewertet der Magistrat diese Kritik?
6. Bis wann wird die Facharbeitsgruppe arbeiten und welche Relevanz haben seine Ergebnisse für die politische Beratung und Beschlussfassung der zuständigen Gremien für Schulentwicklung?

Stadtverordneter Leitschuh, CDU-Fraktion, erläutert die Anfrage. Die schriftliche Antwort des Magistrats liegt den Ausschussmitgliedern bereits vor. Es kommt zu einer regen Diskussion. Die aufkommenden Nachfragen werden von Stadträtin Janz, Frau Gabriele Steinbach, Amtsleiterin Schulverwaltungsamt und Frau Judith Osterbrink, Amtsleiterin Jugendamt, beantwortet.

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Stadträtin Janz, Frau Steinbach, Schulverwaltungsamt und Frau Osterbrink, Jugendamt, für erledigt.

4. Junge Kulturbühne beim Stadtfest

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.1425 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Erstmals wurde die Junge Kulturbühne nach der Premiere beim Hessentag auch beim Stadtfest angeboten. Wie bewertet der Magistrat diese neuerliche Durchführung?
2. Ist an eine Fortsetzung bei Stadtfesten gedacht?
3. Ist mit einer Ausweitung auch auf Veranstaltungen wie den „Zissel“, der ebenfalls von „Kassel Marketing“ mit organisiert wird, zu rechnen?

4. Wie hoch ist der personelle und finanzielle Aufwand, der dem Jugendamt entsteht und wie bewertet der Magistrat diese Ausgaben?

Die ausführliche schriftliche Antwort liegt vor. Stadträtin Janz beantwortet die weiteren Nachfragen.

Nach Beantwortung durch Stadträtin Janz erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

5. **Situation der Sanitäranlagen in der Paul-Julius-von-Reuter Schule**
Anfrage der SPD-Fraktion
- 101.17.1432 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Ist dem Magistrat der Stadt Kassel bekannt, dass die Sanitäranlagen zum Teil defekt sind und die Verunreinigung der Anlage durch fremde Nutzer sehr hoch ist?
2. Können die Schäden bis zur geplanten Generalsanierung kurzfristig behoben werden?
3. Würde die Stadt Kassel eine Sanierung der Sanitäranlagen unter finanzieller Beteiligung der Schulgemeinde vornehmen?

Stadträtin Janz beantwortet die Anfrage und verliest ein Antwortschreiben des Amtes Hochbau und Gebäudebewirtschaftung.

Die Anfrage wird nach Beantwortung durch Stadträtin Janz von Vorsitzender Dr. van den Hövel-Hanemann für erledigt erklärt.

6. **Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit an zwei Berufsschulen**
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.1459 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Sicherheitssituation an der Paul-Julius-von-Reuter-Schule und an der Martin-Luther-King-Schule durch geeignete Sofortmaßnahmen zu verbessern. Dazu ist es erforderlich,

- das Problem der 9 Eingänge an der Paul-Julius-von-Reuter-Schule, die nicht verschließbar sind, durch bauliche Veränderungen zur Sicherung der Zugänge zu beheben
- die seit 2012 von der Paul-Julius-von-Reuter-Schule beantragte Installation von Überwachungskameras im gesamten Schulgebäude, die den vielfachen Zutritt von schulfremden Personen, unter anderem zum Zweck des illegalen Drogenkonsums auf den Schultoiletten registrieren und ihm präventiv begegnen sollen, endlich durchzuführen
- vor allem aber ein wirksames Präventionskonzept zur Bekämpfung von Prostitution und Drogenkonsum im unmittelbaren Umfeld beider Schulen zu erarbeiten und im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung bis zum Frühjahr 2015 vorzustellen.

Stadtverordneter Dr. von Rüden, CDU-Fraktion, begründet den Antrag.

Im Verlauf der Diskussion ändert er den Antrag auf Vorschlag von Stadtverordneter Bergmann, SPD-Fraktion, für seine Fraktion wie folgt ab:

➤ **Geänderter Antrag**

Der Magistrat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Beruflichen Schulen, insbesondere der Paul-Julius-von-Reuter-Schule und der Martin-Luther-King-Schule, einen Maßnahmenkatalog zur Sicherheitssituation an den Beruflichen Schulen zu erstellen.

Darüber hinaus soll der Magistrat mit den zuständigen Institutionen ein Präventionskonzept zur Bekämpfung von Prostitution und Drogenkonsum im Schillerviertel erarbeiten.

Beides soll bis zum Frühjahr 2015 in den Ausschüssen für Schule, Jugend und Bildung und Soziales, Gesundheit und Sport vorgestellt werden.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit an zwei Berufsschulen, 101.17.1459, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Bergmann

7. Anzahl Zuwanderer und deren schulpflichtige Kinder aus Rumänien und Bulgarien

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.1460 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

8. Fertigstellung der Grundsanierung des Schulgebäudes der Martin-Luther-King-Schule

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.1461 -


Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Jutta Butterweck
Schriftführerin

-v- 

Antrag CDU-Fraktion zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Hygieneplan für Kasseler Schulen

Das Gesundheitsamt Region Kassel hält keinen eigenen Musterhygieneplan für Schulen vor, weil ein Hygieneplan sich an den Erfordernissen der jeweiligen Schule orientieren soll und daher nicht für alle Einrichtungen allgemeingültig verfasst werden kann.

Nach § 36 (1) IfSG legen die im Infektionsschutzgesetz genannten Einrichtungen (hier die Schulen) die innerbetrieblichen Verfahrensweisen zur Infektionshygiene selbständig fest.

Um den Schulen dennoch eine Hilfestellung zum Aufbau eines Hygieneplanes zu geben, empfehlen wir die Gliederung für einen Hygieneplan wie im Anhang. Bei Fragen zur Infektionshygiene steht das Gesundheitsamt Region Kassel den Schulen im Einzelfall beratend zur Seite.

Dr. Karin Müller

Anlage
Gliederung eines Musterhygieneplanes

Gliederung des Muster-Hygieneplans

- 1. Hygiene in Unterrichtsräumen**
 - 1.1 Lufthygiene
 - 1.2 Bodenreinigung und Abfallentsorgung
 - 1.3 Kleiderablage
- 2. Schulreinigung**
 - 2.1 Schulreinigung durch Fremdfirmen
 - 2.2 Schutzmaßnahmen für das stadtteigene Personal
 - 2.3 Unfallgefahren
- 3. Hygiene im Sanitärbereich**
 - 3.1 Sanitärausstattung
 - 3.2 Wartung und Pflege
 - 3.3 Be- und Entlüftungen
- 4. Turnhalle**
- 5. Trinkwasserhygiene**
 - 5.1 Legionellenprophylaxe
 - 5.2 Vermeidung von Stagnationsproblemen
- 6. Erste Hilfe, Schutz des Ersthelfers**
 - 6.1 Versorgung von Bagatellwunden
 - 6.2 Behandlung kontaminierter Flächen
 - 6.3 Überprüfung des 1.Hilfe-Inventars
 - 6.4 Notrufnummern
- 7. Küche**
 - 7.1 Allgemeine Anforderungen
 - 7.2 Händedesinfektion
 - 7.3 Flächenreinigung und -desinfektion
 - 7.4 Lebensmittelhygiene
 - 7.5 Tierische Schädlinge
- 8. Schulschwimmbad**
 - 8.1 Verhaltensregeln für die Badegäste
 - 8.2 Barfuss- und Nassflächenflächen
 - 8.3 Hygienetechnische Anlagenkontrollen
 - 8.4 Hygienische Badewasserkontrollen
 - 8.5 Arbeitsschutz / Umgang mit Chemikalien
- 9. Raumluftechnische Anlagen**
- 10. Tätigkeits- und Aufenthaltsverbote, Verpflichtungen, Meldung**

Vorlage Nr. 101.17.1423

9. September 2014
1 von 1

Berufsorientierung inklusiv beschulter Kinder

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Inklusion geht über die 9-13 Schuljahre hinaus. Ihr Ziel ist, ein selbstbestimmtes berufliches, wie privates Leben zu führen. Deshalb spielt die Berufsorientierung an Regel- wie auch Förderschulen eine große Rolle. Gleichzeitig spielt es eine große Rolle, welche Abschlüsse ein Kind heute hat. Wie sieht der schulische Weg eines inklusiv beschulten Kindes aus, das die Hauptschule nach der Klasse 9 verlässt. Welche Möglichkeiten gibt es für das Ableisten des 10. Schulbesuchsjahres?
2. Gibt es seitens der „Agentur für Arbeit“ Förderprogramme für den beruflichen Einstieg inklusiv beschulter Kinder und an welche Voraussetzungen in Bezug auf Abschlüsse und Schulbesuchsjahre sind diese Hilfen gebunden?
3. Mit welchem Abschluss verlässt ein inklusiv beschultes Kind die Hauptschule, die Realschule bzw. das Gymnasium (bzw. analog nach dem Besuch der Schulzweige auf einer Gesamtschule)?
4. Berufsorientierung gehört bei Förderschulen zum festen Bestandteil der Unterrichtsarbeit. Hier werden spezielle Kompetenzfeststellungsverfahren und Praktika angeboten. Werden diese Angebote auch an Regelschulen in der gleichen Quantität und Qualität angeboten?
5. Wie wird künftig der "bestmögliche Abschluss" für Lernhilfeschüler in allgemeinen Schulen gesichert?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.1424

9. September 2014
1 von 2

Zusammensetzung und Arbeit der Facharbeitsgruppe "Modellregion inklusive Bildung"

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatlichen Schulamt für den Landkreis und die Stadt Kassel (GPRL) kritisierte in einer Presseerklärung die konstituierende Sitzung der Facharbeitsgruppe „Modellregion inklusive Bildung“.
2. Wer wurde zu der Sitzung von wem eingeladen und haben auch alle eingeladenen Interessengruppen teilgenommen?
3. Welche Arbeitsgruppen wurden gegründet und wer ist Teilnehmer?
4. Der GPRL kritisiert in seiner Presseinformation, dass „vorab zwei von elf Unterarbeitsgruppen, in denen wichtige Entscheidungen für die Umsetzung der Inklusion in der Modellregion Kassel getroffen werden, gebildet“ wurden. „Weder Vertreterinnen und Vertreter der betroffenen Kollegien, noch Eltern und Schüler, sowie Fachverbände sind dort vertreten. Ein solches Vorgehen widerspricht nach Ansicht des GPRL allen Behauptungen, die Modellregion werde mit größter Transparenz und demokratischer Mitbestimmung entwickelt.“ Wie steht der Magistrat zu dieser Kritik?
5. Besonders beanstandet der GPRL die Zielsetzung, Förderschullehrkräfte nicht an den Regelschulen, an denen sie arbeiten, zu beschäftigen, sondern sie an einem räumlich getrennten „Kompetenzzentrum“ anzubinden und stundenweise an verschiedene Regelschulen zu entsenden. Wie bewertet der Magistrat diese Kritik?
6. Bis wann wird die Facharbeitsgruppe arbeiten und welche Relevanz haben seine Ergebnisse für die politische Beratung und Beschlussfassung der zuständigen Gremien für Schulentwicklung?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

2 von 2

Vorlage Nr. 101.17.1425

9. September 2014
1 von 1

Junge Kulturbühne beim Stadtfest

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Erstmals wurde die Junge Kulturbühne nach der Premiere beim Hessentag auch beim Stadtfest angeboten. Wie bewertet der Magistrat diese neuerliche Durchführung?
2. Ist an eine Fortsetzung bei Stadtfesten gedacht?
3. Ist mit einer Ausweitung auch auf Veranstaltungen wie den „Zissel“, der ebenfalls von „Kassel Marketing“ mit organisiert wird, zu rechnen?
4. Wie hoch ist der personelle und finanzielle Aufwand, der dem Jugendamt entsteht und wie bewertet der Magistrat diese Ausgaben?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender



Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
buero@spd-fraktion-kassel.de

Vorlage Nr. 101.17.1432

17. Juli 2014
1 von 1

Situation der Sanitäranlagen in der Paul-Julius-von-Reuter Schule

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Ist dem Magistrat der Stadt Kassel bekannt, dass die Sanitäranlagen zum Teil defekt sind und die Verunreinigung der Anlage durch fremde Nutzer sehr hoch ist?
2. Können die Schäden bis zur geplanten Generalsanierung kurzfristig behoben werden?
3. Würde die Stadt Kassel eine Sanierung der Sanitäranlagen unter finanzieller Beteiligung der Schulgemeinde vornehmen?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Helene Freund

gez. Christian Geselle
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.1459

2. Oktober 2014
1 von 1

Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit an zwei Berufsschulen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Sicherheitssituation an der Paul-Julius-von-Reuter-Schule und an der Martin-Luther-King-Schule durch geeignete Sofortmaßnahmen zu verbessern. Dazu ist es erforderlich,

- das Problem der 9 Eingänge an der Paul-Julius-von-Reuter-Schule, die nicht verschließbar sind, durch bauliche Veränderungen zur Sicherung der Zugänge zu beheben
- die seit 2012 von der Paul-Julius-von-Reuter-Schule beantragte Installation von Überwachungskameras im gesamten Schulgebäude, die den vielfachen Zutritt von schulfremden Personen, unter anderem zum Zweck des illegalen Drogenkonsums auf den Schultoiletten registrieren und ihm präventiv begegnen sollen, endlich durchzuführen
- vor allem aber ein wirksames Präventionskonzept zur Bekämpfung von Prostitution und Drogenkonsum im unmittelbaren Umfeld beider Schulen zu erarbeiten und im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung bis zum Frühjahr 2015 vorzustellen.

Berichtersteller/-in:

Stadtverordneter Dr. Michael von Rügen

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.1460

7. Oktober 2014
1 von 1

Anzahl Zuwanderer und deren schulpflichtige Kinder aus Rumänien und Bulgarien

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie hoch ist die Zahl der Zuwanderinnen und Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien in den letzten 5 Jahren?
2. Wie hoch sind die Anteile davon in der Nordstadt und in Rothenditmold?
3. Wie groß ist der Anteil schulpflichtiger Kinder in dieser Bevölkerungsgruppe?
4. Kommen diese Kinder ihrer Schulbesuchspflicht nach?
5. Wie gehen die aufnehmenden Schulen mit den Sprachproblemen und den Problemen der gesellschaftlichen Integration dieser Kinder um?
6. Gibt es besondere städtische und/oder staatliche Unterstützungsmaßnahmen für diese Kinder und deren Familien?
7. Wenn ja, was kosten diese Maßnahmen und wer finanziert sie?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.1461

2. Oktober 2014
1 von 2

Fertigstellung der Grundsanierung des Schulgebäudes der Martin-Luther-King-Schule

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Grundsanierung des 1970 erstellten Schulgebäudes wurde 2008/2009 vom Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft ganzheitlich geplant. Die Generalsanierung sollte sowohl die komplette Fassadenerneuerung als auch die technischen Installationen mit einer Be- und Entlüftungsanlage umfassen. Eine Be- und Entlüftungsanlage wird immer dann notwendig, wenn die Fassadenelemente im Rahmen der Energieeinsparverordnung absolut dicht schließend ausgeführt werden. Leider wurden die Baumaßnahmen nach dem 1. Bauabschnitt im Jahre 2011 unterbrochen, ohne dass die Installation einer Be- und Entlüftungsanlage umgesetzt wurde. Ab Sommer 2010 kommt es an der Martin-Luther-King-Schule deshalb zu großen Problemen mit dem Raumklima in den Klassenräumen. Die erheblichen Beeinträchtigungen des Schulbetriebs durch die Probleme mit dem Raumklima wurden in schriftlichen Gutachten sowohl vom Gesundheitsamt der Stadt Kassel als auch von medical airport service bestätigt. Ein Schreiben des Schulleiters, in dem er die vorliegenden Probleme darstellte und um schnellstmögliche Lösungen bat, wurde von Herrn Neukäter, dem damaligen Leiter des Hochbauamtes, mit der Feststellung beantwortet, an der Aufheizung des Gebäudes könne man nur etwas ändern, wenn man die Generalsanierung fortsetzen würde. In einem Schreiben an die Schule sprach er sich im Sommer 2012 eindeutig dafür aus, die Fortsetzung der Generalsanierung im Jahre 2014 vorzusehen. Leider ist dies nicht geschehen.

Wir fragen den Magistrat

1. Wann wird die 2010/11 unterbrochene Grundsanierung der Martin-Luther-King-Schule fortgesetzt?
2. Die Sanierung wurde seinerzeit nach der Sanierung der Außenfassade unterbrochen, die für das Konzept der Außenfassade aber zwingend notwendige Klimaanlage nicht mehr gebaut. Dadurch sind einige Klassenräume nicht nutzbar, zusätzliche Schutzfolien mussten angebracht werden und im Erdgeschoss wurde eine temporäre Klimaanlage – optisch wenig ansprechend und akustisch störend – in Betrieb genommen.

3. Wie hoch sind die Kosten für provisorische Einbauten und Versuche, die Folgen der Sanierungsunterbrechung zu lindern? 2 von 2
4. Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um bis zur Fortsetzung der Grundsanierung Gesundheitsgefahren durch Probleme mit dem Raumklima für Lehrkräfte und für Schülerinnen und Schüler zu vermeiden?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender